

Robert Katzenstein

# Union der Parteien und Union der Massen

## Ein Beitrag zur Diskussion der politischen Lage in Frankreich

Wie immer die Wahlen ausgehen, welche Konstellationen sich auch momentan ergeben mögen, niemand kann daran zweifeln, daß die Linksunion in Frankreich auf der Tagesordnung steht und auf ihr bleiben wird. Der Zwang der Fakten, der sich in den Rissen äußert, die das ganze ökonomische, ideologische und politische Gebäude der kapitalistischen Staaten durchziehen, drängt auf die Verbindung der Kräfte, die den Prozeß gesellschaftlicher Umorientierung beginnen und vorantreiben.<sup>1</sup> Es fragt sich also, wieso, bei der stürmischen Entwicklung zu einer Linksmehrheit in den letzten Jahren, bislang noch kein stabiles Wahl- und Regierungsbündnis der Linksparteien zustande gekommen ist oder, anders ausgedrückt, wessen es eigentlich noch bedarf, um eine Einigung der Linksparteien auf einer gemeinsamen Minimalbasis herbeizuführen.

Will man diese Frage beantworten, so muß man zunächst einmal von den Parteien selbst absehen. Sicherlich wäre es nicht schwer gewesen, die drei Parteien des linken Spektrums in Frankreich über einen Minimalkonsens zusammenzufassen und so bei den Wahlen eine regierungsfähige Mehrheit zu gewinnen. Ein solcher Konsens zwischen den Parteien nutzt aber nichts, wenn er nicht auf dem Konsens der Klassen und Schichten beruht, die die eigentliche tragende Kraft einer jeden Bewegung sind, auch der Linksunion. Hier, auf dieser Ebene der Massenbewegungen, muß das Bündnis zementiert sein, wenn es zu einer materiellen Kraft werden soll, imstande, die sozialen Probleme der verbündeten Klassen zu lösen. Das Bündnis auf der parlamentarischen Ebene muß nach außen tragfähig sein und das heißt nicht nur, daß es breite Wahlmehrheiten finden muß, sondern es muß diese Mehrheiten auch orientieren und über die Lösung der anstehenden Probleme immer wieder neu orientieren und zusammenfassen können.

Man sollte meinen, das sei eine klare Sache. Wenn es der Linksunion in Frankreich nicht gelingt, wenigstens die drängendsten Probleme aller verbündeten Kräfte zu lösen oder einer Lösung näher zu bringen, dann zerfällt die sie tragende Kraft wieder, weil ihre einzelnen Teile dann zwangsläufig dahin drängen, eigenständige Lösungen zu suchen. In bezug auf die französische Linksunion mag das noch hypothetisch klingen. Richten wir den Blick aber nach Italien, so zeigt sich das Problem schon in seinen ganzen Konsequenzen am Beispiel der Interessendifferenzen sogar innerhalb der Arbeiterklasse, zwischen den Lohnabhängigen in Lohn und Brot und jenen, die arbeitslos sind oder zu den verelendeten Schichten des Mezzogiorno gehören und die sich von der IKP bzw. von den Gewerkschaften nicht mehr so recht vertreten fühlen und sich in einer eigenen und sich schnell radikalierenden Bewegung zu verselbständigen drohen. Für die einen war die Lösung der Probleme noch nicht unmittelbar eine Frage der Existenz, für die anderen aber ist sie es und sie können einfach nicht zuwarten. Auf diese Weise zersplittern die Kräfte und das Bündnis gerät in Gefahr zu zerfallen.

Auch in Frankreich hängt die Kraft der Massenbewegung davon ab, daß jede der verbündeten Klassen und Schichten die Bewegung als Kraft zur Lösung auch ihrer Probleme empfindet. Keine dieser Klassen darf sich zur Durchsetzung fremder Ziele, gar noch auf ihre Kosten, mißbraucht oder auch nur vernachlässigt fühlen, sonst wird das Bündnis geschwächt und an seiner schwächsten Stelle aufgebrochen. D.h. nicht, daß alle Probleme gleichzeitig gelöst werden müssen. Eine Regierung der Linksunion muß sich aber an den sozialen Problemen der werktätigen Klassen orientieren und hier sichtbare Fortschritte bringen können.

So klar sich die Umrisse zeigen, wenn man die Frage von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet, so sehr scheinen sie zu verschwimmen, wenn der Wahlsieg greifbar nahe ist. Die Möglichkeit des Sieges vor Augen, wird man für Kompromisse im Programm geneigter, um durch ein möglichst breites Programmspektrum noch schwankende Wählerschichten an sich zu binden. Das gilt namentlich für Parteien, die den Mittelstand repräsentieren. Sie vergessen, daß ein auf diese Weise erzielter Sieg die Niederlage vorprogrammiert.

Um was für Probleme geht es? Norbert Steinborn legt in diesem Heft die sozialen Kernprobleme, um die es im gemeinsamen Programm der Linksunion geht, ganz konkret dar. Ich will hier den Inhalt dieses Artikels nicht vorweg nehmen, sondern mir geht es darum, einmal den Zusammenhang zwischen der Frage der Nationalisierungen — an der die Aktualisierung des Programms im Moment gescheitert ist<sup>2</sup> —, zum Gesamtprogramm von den oben entwickelten Gesichtspunkten aus herzustellen. Das Bündnis der Linksunion ist nämlich im parlamentarischen Bereich, also an der politischen Oberfläche, ebensowenig dauerhaft zu halten wie im außerparlamentarischen Bereich der eigentlichen Klassenbewegungen<sup>3</sup>, also der gesellschaftlichen Kraftbasis, wenn solche Probleme wie die Erhöhung der Mindestlöhne, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung, der Alters-, Gesundheits-, Wohnungsversorgung usw., die im gemeinsamen Programm als brennend herausgestellt werden, nicht gelöst werden können. Das aber ist ohne die vorgesehene Nationalisierung der neun großen Konzerne, einschließlich ihrer Tochtergesellschaften, nicht zu leisten. Es sind ganz praktische Fragen, die sich hier ergeben.

Zunächst einmal geht es um die dazu notwendigen Mittel, das heißt um die Verfügungsgewalt des Staates über entsprechende Mehrwertteile.<sup>4</sup> Dabei handelt es sich nicht um Kleinigkeiten. Allein die Beseitigung der Arbeitslosigkeit macht z.B. schon eine weitgehende Umstrukturierung vieler Wirtschaftszweige notwendig. Das verschlingt erhebliche Kosten und daraus entstehen eine Fülle von Folgekosten, vom Aufbau von Alternativproduktionen für stillzulegende Betriebe bis hin zur sozialen Sicherstellung der betroffenen Arbeitskräfte in der Übergangsphase. Auch im Interesse der Zwischenschichten im Handels-, Dienstleistungsbereich usw. müssen solche Lösungen gefunden werden, denn auch sie werden durch solche Umstrukturierungen getroffen. Die notwendigen Mittel zur Lösung der sozialen Probleme aber sind nur auf zweierlei Weise zu beschaffen. Entweder durch den direkten Zugriff des Staates auf die Profite der Großkonzerne, also Nationalisierungen, oder über die Steuer; es gibt noch den dritten Weg

der Staatsverschuldung, die aber ihrerseits zwangsläufig ebenfalls wieder in zusätzliche steuerliche Belastung umschlägt.

Eine Regierung der Linksunion kann den Weg steuerlicher Belastung nicht beschreiten. Das hat nichts mit Moral zu tun, sondern es geht ganz einfach um die Frage, wer mit diesen Steuern belastet werden kann. Schöpft man die Mittel vom Großkapital ab, beschneidet man also seine Profite auf diese Weise, so heißt das, die Triebkraft der kapitalistischen Produktion lahmzulegen. Im Kapitalismus läuft nun einmal nichts ohne Profit und ihn in diesem notwendigen Umfange zu beschneiden, hieße die Wirtschaftskrise und damit die sozialen Probleme zu vertiefen. Die Regierung der Linksunion erwiese sich in den Augen der werktätigen Massen als unfähig zur Lösung der Probleme. De facto bliebe also bei steuerlicher Mobilisierung der Mittel nichts weiter übrig, als bestimmte Schichten der werktätigen Klassen mit höheren Steuern zu belegen. Ganz allgemein gesagt heißt das, die Kosten der kapitalistischen Krise auf die arbeitenden Klassen abzuwälzen. Konkret auf die Bündnispolitik bezogen aber heißt das auch, daß Teile der werktätigen Klassen und Schichten in besonderem Masse belastet werden und daß damit die Gefahr heraufbeschworen wird, daß sie aus dem Bündnis ausbrechen. Um ein Wort von Marx abzuwandeln: Für diese Teile führt sich die Regierung der Linksunion als Steuerexekutor ein /MARX, 44/. Natürlich geht es hier nicht nur um Steuern. Umverteilungen dieser Art können auch über die Staatsschuld, die Inflation etc. in Gang gesetzt werden. Anhand des Steuermechanismus wird das Problem aber ganz eindeutig, ohne jeden Schleier sichtbar. Wenn man den Artikel von *Nobert Steinborn* liest, wird einem auch klar, daß hier der Begriff des Steuerexekutors keineswegs zu dramatisch ist. Eine Regierung der Linksunion, die diesen Weg geht, muß zwangsläufig die Lebenslage bestimmter werktätiger Schichten noch über das Maß der kapitalistischen Krise hinaus verschlechtern, um die Mittel für die Lösung bestimmter sozialer Probleme einsetzen zu können. Mit sehr zweifelhaftem Erfolg übrigens, denn allein schon so vorzugehen, bedeutet sich in die Abhängigkeit der Großkonzerne zu begeben und die Mittel weitgehend über den Profitmechanismus und nicht direkt an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert einsetzen zu müssen.

Man denke hier nur an die sozial-liberale Koalition in der BRD, die ihrer sozialen und liberalen Zielstellungen wegen die letzten Wahlen gerade noch gewinnen konnte. Bis heute ist dieser soziale und liberale Besatz brüchig geworden. Übrig geblieben ist eine SPD-FDP-Koalition, die zu nichts anderem mehr in der Lage ist, als die Interessen des Großkapitals zu vertreten. Einfach aus dem Sachzwängen der unangetasteten monopolkapitalistischen Verhältnisse heraus. Es begann mit der Beschneidung der Reformprogramme und führte bis jetzt zur absoluten Verringerung des Realeinkommens, zunächst der Rentner, dann der Lohnabhängigen, es führte zur Beschneidung der gesundheitlichen Versorgung, der Arbeitslosenfürsorge und, über die aufklaffende Schere zwischen Sparzins und Inflation, inzwischen auch zum Zugriff auf die Spargelder der Bevölkerung. Auch Spaltungserscheinungen sind im Keim bereits festzustellen. Schon beginnen sich die Rentner von dieser Koalition verlassen zu fühlen und selbst innerhalb der Arbeiterschaft gelingt es den Großkonzernen Kräfte für Kernkraftwerke, gegen Umweltschutzbestimmungen, für Rüstungsproduktion und Rüstungsexport zu mobilisieren etc. und zwar in einem Maße, daß sogar die Gefahr am

Horizont sichtbar wird, daß auch die Gewerkschaften in mancher Hinsicht zeitweilig auf Unternehmerkurs gezwungen werden könnten wenn sich die ökonomische Krise schärfer entfaltet.

Kehren wir zur Linksunion in Frankreich zurück. Man braucht weder eine Zauber-  
kugel noch den Kaffeesatz, um das „Rätsel“ zu lösen, warum die FKP mit solch einer  
Hartnäckigkeit auf dem vollen Umfang der Nationalisierungen besteht. Sie tut dies  
weder, weil sie die Regierungsverantwortung scheut, noch weil sie den stürmischen  
Aufschwung und die Dominanz der SPF neidvoll fürchtet. Sie tut es, weil nur auf diese  
Weise die Mittel zur Lösung der sozialen Probleme beschafft und eingesetzt werden  
können, ohne in Abhängigkeit vom Großkapital zu geraten (auf weitere Gesichtspunkte  
komme ich unten noch zu sprechen) und ohne die Massenbasis der Linksunion zu  
zerstören. Sie vertritt ganz einfach die wohlverstandenen Interessen der Lohnab-  
hängigen und der werktätigen Klassen und Schichten überhaupt und sie stützt sich dabei  
— bei aller Berücksichtigung der heute gegebenen Bedingungen — auf alte Erkenntnisse  
der Arbeiterbewegung über die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes.

In der Tat stoßen wir auf diese Zusammenhänge schon in allen Untersuchungen  
revolutionärer Bewegungen durch Marx und Engels, insbesondere auch in der Analyse  
der Klassenkämpfe in Frankreich von 1848 — 1850 durch Karl Marx. Ich ziehe gerade  
diese Arbeit von ihm heran, weil sie unmittelbar während und nach diesen Kämpfen  
geschrieben wurde und so die praktischen Erfahrungen des revolutionären Kampfes der  
Massen in ihrer ganzen Vielschichtigkeit erkennen läßt, und zwar gerade auch im  
Hinblick auf die uns hier interessierende Frage der Ausbildung und des Zerfalls von  
Klassenbündnissen, d.h. der Gestaltung von Kräfteverhältnissen in diesem Kampf. In  
gewisser Hinsicht ist es geradezu faszinierend, wie sich die Prozesse damals und heute  
gleichen; bei allen Besonderheiten, die sich z.B. daraus ergeben, daß damals die Masse  
der Bevölkerung noch aus einfachen Warenproduzenten, Handwerkern, Bauern usw.  
bestand und der Übergang zum Sozialismus objektiv noch garnicht möglich war,  
obgleich er, durch die Klassenkämpfe hervorgerufen, als Lösung schon auf die Tages-  
ordnung gesetzt wurde. Damals ging es um die Lösung sozialer Probleme. Aber vom  
Grundproblem her gesehen, die Finanzaristokratie zu entmachten, ging es damals noch  
einfach um einen Eingriff in die Schuldverhältnisse. Solche Eingriffe berühren stets die  
Interessen der einen oder anderen Schicht, aber nicht die Grundlagen des Systems. Die  
Inflation in Deutschland Anfang der zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts und die  
Währungsreform in der BRD 1948 beseitigten z.B., mehr oder minder drastisch, die  
Schuldforderungen der Gläubiger, aber sie hoben die Bedingungen der Reproduktion  
des *Kapitalverhältnisses* nicht auf. Die Inflationen, auch die gegenwärtigen, und die  
Währungsreformen in den kapitalistischen Metropolen des 20. Jahrhunderts trafen nicht  
die Eigentümer der „Sachwerte“, der Produktionsmittel, sondern sie beseitigten die  
Forderungen und Sparguthaben des Mittelstandes und sie drücken auf den Reallohn der  
Arbeiter. Gleichgültig, ob sie spontan entstehen, als Auswirkung der Preissetzung  
monopolistischen Kapitals usw., oder bewußt, als Auswirkungen staatsmonopolistischer  
Maßnahmen, in Kauf genommen werden, sie mögen wohl Kapital vernichten, aber sie  
heben das Kapitalverhältnis nicht auf, d.h. sie orientieren sich stets an den  
Grundinteressen der herrschenden Klassen, und verletzen die der anderen. Dieser

Klassencharakter verbindet auch die Inflationen und Währungsreformen der heutigen Zeit mit den Maßnahmen der „Revolutions-“Regierung im Frankreich von 1848. Heute geht es ebenfalls um die Lösung der sozialen Probleme. Anders als damals aber setzt das, vom einzig möglichen Ansatzpunkt her, der Entmachtung der Finanzoligarchie, eben schon Nationalisierung der ökonomischen Zentren, d.h. Eingriffe in das Privateigentum an den Produktionsmitteln, voraus; es geht schon um Grundfragen des Überganges zu einer neuen gesellschaftlichen Ordnung der Dinge. Jedoch: Krise, Massenarbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und Zerrüttung der Staatsfinanzen kennzeichneten damals wie heute die wirtschaftliche Lage. Auch damals hatte sich aus der Bourgeoisie eine Schicht von Finanzaristokraten herausgehoben, die eng mit dem Staat verflochten war. Sie stützte ihre Macht nicht auf den Besitz der entscheidenden Produktionsgrundlagen, sondern powerte das ganze Volk über Schuldverhältnisse aus. Neben der Hypothek wurde namentlich die Staatsschuld zu einem Instrument der Ansaugung von Mehrwert. Qua staatlicher Steuergewalt konnte sie so Zins auch von jenen Schichten der Bevölkerung eintreiben, die als Eigentümer ihrer Produktionsmittel für ihre Saugnäpfe sonst nicht erreichbar waren. Diese Finanzaristokratie beförderte geradezu mit Macht das parasitäre Leben am Hofe Louis-Philipps, die unproduktiven Staatsausgaben usw. — wie heutzutage z.B. die Rüstungsmonopole — und zog daraus, über die Staatsschuld und die Spekulation, ihren Gewinn. Das wirtschaftliche Leben kam so nach und nach zu Erliegen. Der industriellen Bourgeoisie wurden Mittel und Triebkräfte der Akkumulation abgeschnitten, Kleinbürger und Bauern wurden an den Rand des Ruins gedrängt und die Arbeiterklasse durch Massenarbeitslosigkeit und Lohndruck an den Rand der Existenzfähigkeit überhaupt. Unter diesen Umständen formierte sich ganz naturwüchsig ein Bündnis aller dieser Klassen, das sich in der gemeinsamen Forderung nach der bürgerlichen Republik äußerte. Die ökonomischen Widersprüche äußerten sich als politische. Es ging gegen die Regierung und um die Schaffung eines politischen Rahmens, in dem alle Klassen ihre spezifischen Interessen nebeneinander geltend machen und zur Berücksichtigung bringen konnten. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, das war zunächst wieder zur Losung des Tages geworden. Natürlich war das eine Illusion, weil die Klassenwidersprüche blieben und die politischen folglich wieder zur Geltung kommen mußten. Schon die existenzielle Forderung der Arbeiterklasse nach Arbeit und höherem Lohn mußte den Gegensatz ihrer Interessen zu denen der Bourgeoisie ans Licht heben. Auch konnte niemand die Kleinbürger und Bauern vor den Folgen der Konzentration von Produktion Kapital schützen; ebensowenig wie es heute möglich ist, die hergebrachten Formen der Kleinproduktion oder des Kleinhandels zu bewahren. Aber das war damals auch noch nicht das Problem. Nicht die Konzentration der Produktion schnitt den Mittelklassen die Luft zum Atmen ab, sondern die Herrschaft der Finanzaristokratie. 1840 blieben den Bauern z.B. vom Nettoprodukt der Landwirtschaft in Höhe von 1700 Mio.frs nur knapp ein Drittel, d.h. 538 Mio.frs oder 25 frs pro Kopf der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Mehr als zwei Drittel wurden ihnen über den Zins, die Steuer, Gebühren usw. abgeknöpft /MARX,84/. Dieses Problem aber war zu lösen indem man die Saugnäpfe der Finanzaristokratie abschnitt und die alten Schulden einfach annullierte. Dadurch wäre dann zugleich die materielle Grundlage zur Mobilisierung jener Mittel

geschaffen worden, die zur Lösung der anderen sozialen Probleme notwendig waren. Die Annullierung zumindest der Staatsschuld war also das Gebot der Stunde um der Entwicklung neuen Schwung zu verleihen. Sie unterblieb und sie unterblieb nicht ohne Grund.

Es lohnt, den Ursachen für dieses Unterbleiben nachzugehen, weil man dann darauf stößt, daß ein Staat in seinen Handlungen *immer* bestimmten Klasseninteressen folgen muß. Die Frage der relativen Selbständigkeit des Staates wird hier angeschnitten, die ja durchaus gegeben ist wenn der Kampf der Klassen zu einem gewissen Gleichgewicht im Verhältnis ihrer Kräfte geführt hat. Unter solchen Bedingungen steht dem Staat der Weg offen, sich für die eine oder die andere Klasse zu entscheiden (ich setze hier voraus, daß es sich um einen Staat handelt, der selbst schon einer tiefgreifenden Massenbewegung entspringt, wie jener der Februarrevolution 1848). Aber wenn die Entscheidung gefallen ist, dann ist er in die Konsequenzen des Handelns *gezwungen*, dann muß er entweder die Interessen der ökonomisch noch herrschenden *oder* die der werktätigen Klassen vertreten. Das mag, bei einem bürgerlichen Staat, zeitweilig hinter einem Schleier sozialer Maßnahmen verschwimmen, es tritt aber sofort wieder hervor, sobald der ökonomische Spielraum für solche Maßnahmen sich verengt. Auch damals, in der neuen französischen Republik, hatte der Staat in gewissen Sinne eine solche Entscheidungsmöglichkeit. Die Finanzaristokratie war gestürzt und die Massen waren in revolutionärer Bewegung, mit ihnen hätte sich alles durchsetzen lassen. Aber gerade weil die Massen sich in revolutionärer Bewegung befanden und weil die Arbeiterklasse die entscheidende Kraft dieser Bewegung war, brach die industrielle Bourgeoisie aus dieser Front aus. Sie bekam selbst Angst vor dieser Bewegung und diese Angst der tausenden von Fabrikanten und Unternehmern aller Art in Frankreich ließ den Kredit verfallen und die Produktion stocken. Für diese tausende von Unternehmern war die bürgerlich beherrschte provisorische Regierung allein noch keine Kraft, die Vertrauen schuf; für sie blieb die politische Lage unsicher. Der bürgerliche Staat mußte sich *als bürgerlicher Staat erweisen und er mußte die Kraft zur Zügelung der revolutionären Massenbewegung vorweisen*, ehe die bürgerliche Produktion wieder in Schwung kommen konnte. Wenn der Staat sich aber erst einmal an den Bedürfnissen der Bourgeoisie orientiert — ich spreche so allgemein, weil ich dabei immer nicht nur die bürgerliche Regierung jener Zeit, sondern auch solche wie die der Soares-Partei im Portugal von heute im Auge habe —, dann muß er auch alle Kräfte sammeln, muß er das Bündnis schmieden, auf das er sich orientiert hat. Es bleibt ihm nichts anderes übrig, wenn er nicht Schiffbruch erleiden will. Die industrielle Bourgeoisie brauchte 1848 die Finanzaristokratie als Verbündeten, wenn sie die Revolution eindämmen wollte. Deshalb unterblieb die Annullierung der Schulden. Genau wie die Soares-Regierung heute nationalisierte Betriebe und enteigneten Grundbesitz an die ehemaligen Eigentümer zurückgibt, um sich als Sachwalter ihrer Interessen auszuweisen, genauso wies sich damals die provisorische Regierung durch die vorzeitige Auszahlung der Zinsen auf die Staatsschuld als Sachwalter der bürgerlichen Interessen aus /MARX, 23/. Damit aber wurde eine Kette von Ursachen und Wirkungen in Gang gesetzt, die in der faktischen Erneuerung der Herrschaft der Finanzaristokratie mündete. Eine dieser Folgen war die Spaltung des Bündnisses der werktätigen Klassen.

Um das zu begreifen, muß man es wieder von der Entfaltung der revolutionären Bewegung aus betrachten. In Paris waren die Arbeiter konzentriert. Sie waren die konsequenteste Kraft der Revolution, drängten sie vorwärts; sie beherrschten Paris und wer Paris beherrschte, der beherrschte Frankreich. Für sie ging es um die nackte Existenz und um sie auch nur ein wenig zu beschwichtigen, sie etwas geduldiger mit dem Marsch der Revolution zu stimmen, mußte der Staat Nationalateliers gründen, d.h. öffentliche Arbeiten zur Milderung der Arbeitslosigkeit ansetzen.

Die anderen werktätigen Klassen warteten ab. So wie die Dinge lagen, wagte es kein Gläubiger, Schulden mit Gewalt einzutreiben. Sie konnten aufatmen. Die Revolution schien gesiegt zu haben und die Verständigung über die gemeinsamen Interessen schien in der Luft zu liegen. Nur die Arbeiter, der „Pöbel“, drängten weiter; mit den öffentlichen Arbeiten vermochten sie weder zu leben noch zu sterben. Der Staat aber war mit seiner Beschwichtigung der Finanzaristokratie noch tiefer in die Finanzklemme geraten. Ihm blieb also garnichts anderes übrig, als sich das fehlende Geld dort zu holen, wo es noch zu finden war und wo er es holen konnte, ohne die bürgerlichen Kreise zu stören: bei den Kleinbürgern und allen jenen, die sich einen Spargroschen hatten zurücklegen können: die Sparguthaben wurden, bis auf einem geringen Betrag, in eine staatliche Zwangsanleihe verwandelt. Mußte das nicht für alle jene, die auf einen Zins vertrauten — und nicht nur die großen Staatsgläubiger, sondern auch die kleinen Sparer gehärteten dazu —, ganz so erscheinen, als hätten sie für die Früchte zu zahlen, die die Arbeiterklasse aus der Revolution zog, für das Leben der „arbeitscheuen Nichtsnutze“ in den Nationalateliers und in der Mobilgarde, der Armee, die sich die Bourgeoisie inzwischen auch schon geschaffen hatte, um sich der Arbeiter erwehren zu können und die alle, auch die Arbeiter selbst, für die bewaffnete Kraft des Proletariats hielten, weil sie das Lumpenproletariat darin enrolliert hatte? So kam es, daß sich die Kleinbürger, unter kräftigem Beistand der Massenmedien, gegen die Arbeiter, die „Kommunisten“, fanatisierten. Gemeinsam mit der Bourgeoisie schlugen sie die Bewegung der Arbeiter blutig nieder. Ihre Lage verbesserten sie dadurch freilich nicht. Im Gegenteil! Die Kleinbürger beraubten sich so nur des einzigen Verbündeten, der sie bisher vor dem Gerichtsvollzieher bewahrt hatte. Jetzt wurden die Schulden gnadenlos eingetrieben. Massenweise Bankrotte folgten und wer nicht bankrott ging, der wurde mit neuen Steuern belastet /MARX, 26ff., 37f./ . Dies war ein Schritt im Erfahrungsprozess der werktätigen Klassen, den sie durchlaufen mußten, ehe sie echte von falschen Verbündeten unterscheiden lernten. Es war nicht ihr letzter Schritt.

Die neue Republik hatte den werktätigen Klassen nichts gebracht, also wandten sie sich schließlich gegen die Republik. Bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember 1848 zogen die Bauern schon mit der Parole auf die Wahlstatt „Nieder mit der Republik, es lebe der Kaiser“ und die übrigen Klassen folgen der Losung /MARX, 44f./ . Natürlich war es die Republik der *Reichen*, die sie niederstimmen wollten, aber de facto war es ein Schritt auf dem Wege der politischen Restauration der Herrschaft der Finanzaristokratie /MARX, 39ff., 44f./ .

Man fragt sich unwillkürlich, ob es mehr als ein gradueller Unterschied ist, wenn die Bourgeoisie damals die unsichere Lage der Kleinbürger gegen die Bewegung der Arbeiter und wenn die Monopolbourgeoisie heute die Arbeitslosigkeit und die Unsicher-

heit der Arbeitsplätze zu Spaltungsversuchen gegen die Arbeiterklasse selbst und gegen ihre Organisationen ausnutzt, wenn sie die Inflation und die Krise benutzt, um die verschiedenen werktätigen Schichten der Bevölkerung gegen die Tarifpolitik der Gewerkschaften zu mobilisieren usw. Und wenn es mehr als ein gradueller Unterschied ist, so genügt es doch keinesfalls, wie es hierzulande häufig geschieht, nur einen Unterschied hypothetisch zu postulieren, ohne ihn auf seine Bedeutung hin exakt zu untersuchen. Man kann vom Grad des Klassenbewußtseins und den Bedingungen und Prozessen seiner Ausbildung wie auch von seiner Bedeutung für die Gestaltung der Kräfteverhältnisse auch dann nicht absehen, wenn die Arbeiterklasse die Mehrheit der Bevölkerung bildet und zunehmende Teile der Mittelschichten lohnabhängig sind. Man darf diese Prozesse auch nicht mißachten. Sonst kann es schnell passieren, daß eine im Grunde leicht erreichbare Regierung der Linksunion sehr schnell genauso in die Acht gerät wie seinerzeit die Republik. Ist die Entwicklung erst einmal bis zu dem Punkte gediehen, an dem das — eine Regierung der Linksunion tragende —, Klassenbündnis unstabil wird, dann ist bestenfalls eine Krisenspirale wie in England die Folge, bei zwischen Konservativ und Labour wechselnden Regierungsverhältnissen, schlimmstenfalls aber auch eine blutige Stabilisierung der Herrschaft der Finanzoligarchie.

Wenn eine Klassengesellschaft erst einmal in Gärung geraten ist, aus der sich revolutionäre Situationen aufbauen, dann entwickeln solche revolutionären Bewegungen Eigengesetzmäßigkeiten. Die industrielle Bourgeoisie im Frankreich von 1848 hatte ursprünglich keineswegs die Absicht, sich wieder der Macht der Finanzaristokratie auszuliefern. Mit der wachsenden Staatsverschuldung einerseits und der zunehmenden revolutionären Gärung der Massen andererseits, aber legte sie sich selbst den Strick um den Hals, der sie bedingungslos an die Finanzaristokratie band. Andererseits haben gerade die Maßnahmen, mit denen sich die industrielle Bourgeoisie der Unterstützung der Finanzaristokratie versicherte, die Lage der werktätigen Klassen verschlechtert. Kleinbürger und Bauern machten einen weiteren Erfahrungsprozeß durch. „Das Proletariat einstweilen von der Bühne beseitigt, die Bourgeoisidiktatur offiziell anerkannt, mußten die mittleren Schichten. . . , in dem Masse als ihre Lage unerträglicher und ihr Gegensatz gegen die Bourgeoisie schroffer wurde, mehr und mehr sich an das Proletariat anschließen. Wie früher in seinem Aufschwunge, mußten sie jetzt in seiner Niederlage den Grund ihrer Misere finden“ /MARX, 33/. Und in der Tat, nach und nach gruppierten sich die ganzen Mittelstände, von der offiziellen Republik als Gegner behandelt und in offenen Gegensatz zu ihr getrieben, um das Proletariat als der entscheidenden revolutionären Macht /MARX, 87ff/.

Wichtig aber in diesem Prozeß — und hier finden wir wieder den Anschluß an die Frage der Linksunion in Frankreich und der Aktualisierung ihres Programms —, war es eben, daß sich die verschiedenen bürgerlichen Koalitionen auf der politischen Bühne nacheinander verschleifen mußten, ehe der Schleier fiel, der die Gemeinsamkeit der objektiven Interessen aller werktätigen Klassen und Schichten vor ihren Augen verbarg. Sie mußten erst am eigenen Leibe erfahren, daß sie von der bürgerlichen Republik, als dem politische Instrument der Bourgeoisie, keine Lösung ihrer Probleme erwarten konnten. Es war ihnen bewußt geworden, daß sie dazu eine andere Republik, eine Republik der Volksmehrheit, eine *Volksrepublik* brauchten. Nur war es dann schon zu

spät, sie waren inzwischen ihrer Waffen beraubt.

Es liegt also — später noch durch die Erfahrungen der Pariser Kommune usw. bereichert, auf die ich hier nicht eingehe<sup>5</sup>, — ein beträchtlicher Erfahrungs- und Erkenntnisschatz über die Bedingungen revolutionärer Prozesse vor, aus deren Zusammenspiel sich deren Gesetzmäßigkeiten ergeben. Gesetzmäßigkeiten kann man nutzen, wenn man sich ihrer und der Bedingungen, die sie hervorbringen, bewußt ist. Einige Schlußfolgerungen können wie hier schon ziehen: Kein Wahlsieg, sei er auch noch so überwältigend, und nicht einmal eine bis zum revolutionären Sturz der alten politischen Herrschaft getriebene Volksbewegung, kann die politische Macht der werktätigen Volksmehrheit garantieren, wenn nicht gleichzeitig die objektiven Bedingungen hergestellt werden, die notwendig sind, um die unmittelbaren Probleme der in dieser Bewegung vereinten Klassen und Schichten zu lösen. Auch eine Regierung der Linksunion wird an ihren Taten gemessen. Sie muß also die materiellen Grundlagen sichern, die es ihr erlauben, eine an den Bedürfnissen der werktätigen Massen orientierte Politik zu betreiben. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, konnte die FKP in bezug auf die Nationalisierungen keine weiteren Kompromisse eingehen. Hier sind dafür einfache objektive Grenzen gezogen.

Karl Marx schreibt an anderer Stelle: „Die französische Gesellschaft hat während der Jahre 1848—1851 die Studien und Erfahrungen nachgeholt, . . . die bei regelmäßiger, sozusagen schulgerechter Entwicklung der Februarrevolution hätten vorhergehen müssen, sollte sie mehr als eine Erschütterung der Oberfläche sein.“<sup>6</sup> Eigenständige Erfahrungen der Massen sind notwendig und unvermeidlich für solch eine schulgerechte Entwicklung, weil erst in ihnen und durch sie lebendiges Klassenbewußtsein heranreift. Wenn man die Gesellschaft langsam und in friedlichen Bahnen entsprechend den Bedürfnissen der Massen umrichten wil, dann muß man in erster Linie verhindern können, daß Elemente in den Ablauf dieses Prozesses eingebracht werden können, die diesen Erfahrungsprozeß abbiegen und die Bewegung in ihren völlig spontanen Verlauf zurückschleudern können. Ohnehin wird es schwer genug sei, Spontaneitäten und Eigengesetzlichkeiten solcher Bewegungen ausschließen zu können.

Die zweite Frage von Gewicht, in bezug auf die Nationalisierungen, ist die der Desorganisation und auch die der Neustrukturierung der Wirtschaft. Hier sind zwei Gesichtspunkte von Gewicht.

Erstens beschwören Schritte einer Regierung, die sich an den Bedürfnissen der Werktätigen und nicht an denen des Kapitals orientiert, zunächst immer die Gefahr einer Desorganisation der Wirtschaft herauf. Auch dies ist keine neue Erscheinung. Schon 1848 steigerte die revolutionäre Krise die kommerzielle /MARX, 23/. Das war ja ein wesentlicher Grund für die „vertrauensbildenden“ Maßnahmen der provisorischen Regierung. Das ist auch eine sich stets wiederholende Erscheinung, die wir auch heute überall dort beobachten können, wo die Massen in Bewegung geraten sind und die bestehenden politischen Machtverhältnisse bedrohen. Ein Wunder ist das nicht. Nationalisierungen als Zielstellung und Ergebnis revolutionärer Massenbewegungen, auch wenn sie begrenzt sind, erschüttern nun einmal das Vertrauen der Unternehmer in die Unantastbarkeit der bürgerlichen Ordnung der Dinge. Börsenkrisen und Kapitalflucht aus solchen Ländern wie Frankreich und Italien sind daher unter den heutigen Bedin-

gungen geradezu Gradmesser für die Unsicherheit und die Schwäche der Bourgeoisie; sie vertraut nicht einmal mehr so recht ihrer eigenen inneren und äußeren Kraft, um solcher Bewegungen Herr zu werden. Unter diesen Umständen Großkonzerne nur teilweise zu enteignen und sie im Besitze ihrer Tochtergesellschaften zu lassen, hieße ihnen auch noch die Wege zur Kapitalflucht zu öffnen. Spontane Prozesse der Desorganisation der Wirtschaft wären die unvermeidliche Folge. Es bedeutet zugleich aber auch, ihnen das Tor zur bewußten Desorganisation der Produktion offen zu halten. Bei der heutigen wirtschaftlichen Verflechtung werden ganze Bereiche arg in Mitleidenschaft gezogen, wenn auch nur Teilproduktionen ausfallen oder sich nicht termingerecht in den Fluß der Gesamtproduktion einordnen. Versorgungsschwierigkeiten der Produktion und des Marktes wären die Folge, mit entsprechenden Konsequenzen für Einkommen und Versorgung der werktätigen Bevölkerung; auch hieran aber wird eine Regierung der Linksunion gemessen.

Zum anderen ist eine Neustrukturierung der gesellschaftlichen Produktions- und Verflechtungsbeziehungen, die eine wesentliche Voraussetzung für die Lösung struktureller und regionaler Krisen ist, garnicht möglich, ohne die eigentümlichen Kapitalverflechtungen aufzubrechen. Das spielt überall eine große Rolle, der für uns hierzulande größeren Anschaulichkeit wegen, wähle ich aber ein Beispiel aus der BRD. Es ist doch völlig unnatürlich, wenn ein Stahlkonzern wie die Kloeckner AG in Bremen Schiffsbleche produziert, sie aber an die Werften in diesem Raum nicht verkaufen kann, weil diese eigentümlich in andere Konzernstrukturen eingebunden sind. Von den Bedürfnissen der Bevölkerung aus gesehen, ist ein solcher Zustand vollends untragbar, wenn man bedenkt, daß die Entwicklung Bremens wesentlich von der des Kloeckner-Werkes beeinflußt wird, dieses sich aber, wegen seiner regional isolierten Lage, seit Jahren in einer schleichenden Krise befindet.<sup>7</sup>

Ich habe hier bei weitem nicht alle Probleme umrissen, die sich für eine Regierung der Linksunion in Frankreich ergeben. Man sieht aber schon, daß in dem gemeinsamen Programm, so wie es ursprünglich erarbeitet wurde, wirklich eines ins andere greift und daß ein Mindestmaß an *Konsequenz* in bezug auf die Lösung der sozialen Probleme und die Schaffung der objektiv notwendigen Grundlagen dafür, erreicht werden muß, wenn man die gesellschaftliche Kraftbasis herstellen und dauerhaft gestalten will, die allein diesen Prozeß der sozialen Emanzipation der werktätigen Klassen vorantreiben und absichern kann. Hier wird letztendlich über die Formen der Klassenkämpfe und über die politischen Formen entschieden, in denen sich die Neugestaltung der gesellschaftlichen Ordnung vollzieht.

## Fußnoten

- 1 Geradezu beispielhaft zeigt sich die Widersprüchlichkeit aber auch Konsequenz solcher Prozesse anhand der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich; vgl. Lendemains, Heft 7/8 1977, Westberlin
- 2 Vgl. Edgar Gärtner, Die Krise der französischen Linksunion, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11/1977
- 3 Karin Priester spricht diese Frage an, vgl. Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, Heft 5/1977, S. 27
- 4 Vgl. Die Wahrheit, Westberlin, vom 16.11.1977

- 5 Vgl. dazu a. Werner Goldschmidt, Sozialismus und Demokratie, in: SOPO, Heft 42/1977, s. 105
- 6 Karl Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, MEW 8, S. 118
- 7 Vgl. dazu Dieter Läßle u.a., Regionaluntersuchung Bremens, Gutachten, 1976.

**Literatur:**

Marx, K., Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 — 1850, in: MEW 7, S. 9—107, Dietz Verlag Berlin/DDR, 1960